

Antrag

des Abgeordneten Gerd Poppe und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einrichtung eines baltischen Informationsbüros in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Wunsch der Obersten Räte Litauens, Lettlands und Estlands zur Eröffnung eines baltischen Informationsbüros am Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland stattzugeben. Sie wird gleichzeitig aufgefordert, dem Vorschlag der drei baltischen Republiken zur Einrichtung von Informations- und Kulturzentren in Vilnius, Riga und Tallinn zu entsprechen. Für eine Übergangszeit von einigen Jahren sollte das baltische Informationsbüro von der Bundesregierung finanziert werden, bis mit den baltischen Staaten andere Vereinbarungen getroffen werden können.

Bonn, den 27. Februar 1991

Gerd Poppe
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

Begründung

Die drei baltischen Staaten wurden 1940 infolge der Vereinbarungen des völkerrechtswidrigen Hitler-Stalin-Paktes von der Sowjetunion annektiert. Insofern trägt die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches historische Mitverantwortung für die Situation im Baltikum. Bei den demokratischen Wahlen im Frühjahr 1990 wurden in allen drei baltischen Republiken Regierungen gewählt, die dem Wählerwillen gemäß die Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärten. Die Nichtanerkennung der Unabhängigkeitserklärungen durch die sowjetische Regierung macht Verhandlungen über die Gestaltung der zukünftigen gegenseitigen Beziehungen erforderlich, die jedoch bisher von seiten der Sowjetunion verweigert wurden. Statt dessen eskalierte die Situation bis zu Putschversuchen von Teilen der sowjetischen Armee zur gewaltsamen Einführung des sowjetischen Präsidialsystems im Baltikum.

Der Bundestag hat in einer gemeinsamen Erklärung die politischen Kräfte in der Sowjetunion aufgefordert, das Selbstbestim-

mungsrecht der baltischen Völker und ihr Recht auf Wiederherstellung der Legalität zu garantieren. Dieser Erklärung muß Nachdruck verliehen werden. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, der schwierigen Situation in der Sowjetunion Rechnung zu tragen.

Die Einrichtung von Informationsbüros bzw. Kulturzentren in den jeweiligen Hauptstädten ist deshalb angesichts der sich immer mehr ausweitenden wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Baltikum ein geeigneter Schritt zur Vertiefung und Institutionalisierung der wechselseitigen Bindungen und zur Förderung der Kontakte zwischen den Menschen.